Strangulation

Die scharf anziehende Regulierung ist die schlimmste Folge der Krise.

VON HERMANN SIMON

DIE BÜROKRATIE WIRD IHRE GESCHÄFTE zunehmend erschweren – ja, wenn Sie in einer der besonders betroffenen Branchen tätig sind geradezu strangulieren. Die scharf anziehende Regulierung könnte sich als die langfristig nachteiligste Folge der aktuellen Krise erweisen – wie die derzeit im Fokus der Bürokratie stehenden Banker wissen:

■ Jedes Beratungsgespräch mit dem Kunden muss protokolliert werden. Als Ausweg schlagen die Banken vor, alle Gespräche elektronisch aufzuzeichnen. Lehnen Sie das rundweg ab, ich habe das jedenfalls getan, und es geht auch ohne Mitschnitt.

■ Meine Bank schreibt mir Anfang März: „Ihr Depot enthält einen Optionsschein auf Aktien. Gesetzlich sind wir aus diesem Grund nun zu einem monatlichen Versand Ihres Reporting verpflichtet." Weil ich also eine Position Optionsscheine im Wert von circa 10 000 Euro im Depot habe, bekomme ich jetzt gesetzlich vorgeschrieben einen Monatsreport von 31 (in Worten: einunddreißig) Seiten, den ich weder brauche noch lese.

■ Die Geschäftsführerin einer kleinen GmbH will ihre überschüssige Liquidität, einen Betrag von etwa 50 000 Euro, in Aktien anlegen. Der Bankberater erklärt ihr, so einfach ginge das nicht, sie müsse zunächst einmal zahlreiche Fragen beantworten und belehrt werden. Die Geschäftsführerin erhält einen etwa zehnseitigen Packen mit Formularen, die sie ausfüllen soll. Da gibt sie auf und verzichtet auf den Aktienkauf.

NUN BESTREITE ICH NICHT, dass im Banken- und Finanzbereich eine stärkere Regulierung notwendig ist. Aber wir erleben hier offensichtlich den gleichen Effekt wie nach jedem Attentat oder Attentatsversuch in der Luftfahrt. Die Kontrollen werden verschärft und nehmen zum Teil absurde Ausmaße an.

Die Strangulation durch die Bürokratie trifft heute nahezu alle Lebensbereiche: Umweltschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz, Steuern, Verkehr. Kürzlich, bei einer Reise in Australien, mussten wir uns vom Busfahrer jedes Mal, wenn ein neuer Fahrgast einstieg, eine Sicherheitsbelehrung ähnlich wie im Flugzeug anhören. Er erklärte, dass und wie wir uns anzuschnallen hätten, wo die Notausstiege seien, wie sich im Notfall zu verhalten sei und so weiter – und entschuldigte sich dann jedes Mal, dass er gesetzlich zu dieser Litanei gezwungen sei. Dieses banale Beispiel zeigt eine wichtige Facette der Bürokratisierung: Isoliert betrachtet, mögen einzelne Maßnahmen sinnvoll erscheinen, aber in der Wiederholung werden sie unerträglich.

Das ficht die Menschen in den großen Bürokratien nicht an. Sie sehen ihre Aufgabe darin, zu regeln, vorzuschreiben, zu schützen und zu überwachen. Und sie sind ungeheuer kreativ in der Erledigung dieser Aufgaben. Sie erfinden nicht nur neue Vorschriften, sondern ständig auch neue Hierarchien, Behörden und Agenturen. Die Euro-Bürokratie hat sich zu einem Regulierungsmonster entwickelt. Auf Bundesebene wuchern neue Institutionen für Datenschutz, Netzregulierung, Überwachung des Bank- und Finanzwesens, im Gesundheitsbereich und und und. Es entstehen neue Jobs, Karrieren und Profilierungschancen für Beamte und Politiker, das alles unter dem hehren Motto zu „schützen". Der Erfindungsgeist der Schützer kennt keine Grenzen, hier einige Beispiele:

■ ein Beipackzettel für Finanzprodukte (dieser muss natürlich wieder überwacht werden),

■ erweiterte Anforderungen an Rechnungen (so ist neuerdings bei Rechnungen an einen ausländischen Kunden zu belegen, dass dieser seine Steuern in seinem Heimatland zahlt; Franzosen und Italiener haben das schon lange, dort können sich unsere Beamten noch manche Behinderung abgucken),

■ eine Vielzahl von Vorschriften bei der Datenspeicherung, oft verbunden mit völlig unklarer Rechtslage.

AUF DER GEGENSEITE, etwa bei Steuerberatern und Rechtsanwälten, führt die Bürokratisierung zu einer analogen Aufrüstung. Oder kann mir jemand erklären, warum wir heute 3,3-mal so viele Steuerberater brauchen wie im Jahr 1970 (jetzt sind es 86 300)? Selbst wenn man die Wiedervereinigung einrechnet (Bevölkerung wuchs um rund ein Viertel), ist dieser Anstieg nur mit der Verkomplizierung des Steuerrechts zu erklären.

Dann gibt es das verlorene Häuflein der Bürokratiebekämpfer, Edmund Stoiber auf der europäischen Ebene und diverse Initiativen im nationalen Rahmen. Ein Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums, der mit dieser Aufgabe befasst ist, berichtete mir kürzlich, seine Arbeitsgruppe habe schon 1300 unnötige Gesetze und Vorschriften beseitigt. Auf meine Frage, wie viele neue Regulierungen im gleichen Zeitraum hinzugekommen seien, blieb er die Antwort schuldig. Ich bin überzeugt, dass es ein Vielfaches von 1300 ist.

Was kann man angesichts der scheinbar unaufhaltsamen Regulierungs-Tsunamis tun? Mehr als man denkt.

■ Klagen vor dem Verfassungsgericht gegen unsinnige Vorschriften erweisen sich sehr häufig als erfolgreich (Datenschutz, Nichtraucherschutz sind jüngste Beispiele);

■ Verbände sollten eine vorrangige Aufgabe darin sehen, geschäftshinderliche Regulierung zu unterbinden;

■ jeder Einzelne kann auf Politiker einwirken und ihnen verdeutlichen, dass ihre primäre Aufgabe nicht darin besteht, Vorschriften zu erlassen, sondern Freiheit zu garantieren. ◆

Professor Hermann Simon ist Chairman der Unternehmensberatung Simon-Kucher & Partners.